Niederschrift

über die 21. Sitzung des Kreisausschusses am 05.03.2013

Anwesend:

Vorsitzender:

Pusch, Stephan Landrat

Kreisausschussmitglieder:

Beckers, Franz-Josef

(als Vertreter für Paffen, Wilhelm)

Caron, Wilhelm Josef

Dahlmanns, Erwin

Derichs, Ralf

Kehren, Hanno Dr.

Lenzen, Stefan

Lüngen, Ilse

(als Vertreterin für Stock, Michael)

Meurer, Dieter

Meurer, Maria

Reyans, Norbert

Schlößer, Harald

Schmitz, Ferdinand Dr.

Tholen, Heinz-Theo

Wolter, Heinz-Jürgen

(als Vertreter für Schreinemacher, Walter-Leo)

Von der Verwaltung:

Machat, Liesel Allgemeine Vertreterin

Preuß, Helmut

Schöpgens, Ludwig

Schneider, Philipp

Nießen, Josef

Kremers, Ernst

Montforts, Anja

Abwesend:

Kreisausschussmitglieder:

Jüngling, Liane*

Paffen, Wilhelm*

Schreinemacher, Walter-Leo*

Stock, Michael*

*entschuldigt

Anfang: 18:00 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

Der Kreisausschuss versammelt sich heute im Kleinen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg. Einleitend teilt Landrat Pusch mit, die FDP-Fraktion habe mit Schreiben vom 27.02.2013 einen Dienstreiseantrag für eine am 20.04.2013 in Eupen/Belgien geplante Fraktionssitzung gestellt. Er schlägt vor, die Tagesordnung bezüglich der Genehmigung der Dienstreise zu erweitern.

Sodann beschließt der Kreisausschuss in Abänderung der versandten Tagesordnung nach Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit durch den Landrat die folgende

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Erlass einer neuen Gebührensatzung für den Rettungsdienst im Kreis Heinsberg
2. Entsendung der Delegierten der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur in die Verbandsversammlung
3. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der Förderschulen im Kreis Heinsberg
4. Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement
5. Kulturelles Angebot im Kreis Heinsberg
6. Bericht der Verwaltung
7. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung:

8. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Besetzung einer Schulratstelle beim Schulamt für den Kreis Heinsberg
9. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zu überplanmäßigen Ausgaben im Rahmen des Controllings
10. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Veräußerung einer Teilfläche des Parkplatzes an der Valkenburger Straße an die WestEnergie und Verkehr GmbH zur Errichtung eines Bahnsteiges mit dem "Haltepunkt Kreishaus"
11. Veräußerung der ehemaligen Rettungswache Heinsberg
12. Genehmigung einer Dienstreise
13. Bericht der Verwaltung
14. Anfragen

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Erlass einer neuen Gebührensatzung für den Rettungsdienst im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
27.02.2013	Ausschuss für Gesundheit und Soziales
05.03.2013	Kreisausschuss
14.03.2013	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	ja
----------------------------------	----

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Der Kreis Heinsberg ist gemäß § 6 des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG NRW) Träger des Rettungsdienstes und verpflichtet, die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst und des Krankentransportes sicherzustellen.

Zur Festschreibung des Umfangs der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung stellen die Rettungsdienststräger Bedarfspläne auf. Der aktuelle Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Heinsberg 2010 wurde vom Kreistag in der Sitzung vom 22.09.2009 beschlossen.

Die Kosten des Rettungsdienstes haben die Rettungsdienststräger gemäß § 15 RettG NRW zu tragen, wobei diese durch Benutzungsgebühren gedeckt werden. Die Festsetzung der Gebühren in der Gebührensatzung erfolgt auf Grundlage des jeweils geltenden Bedarfsplanes.

Grundlage der derzeitigen Gebührenerhebung im Rettungsdienst des Kreises Heinsberg ist die vom Kreistag in seiner Sitzung vom 24.04.2012 beschlossene und seit 01.05.2012 gültige Gebührensatzung.

Die Rettungsdienst im Kreis Heinsberg (RD HS) gGmbH wurde mit der Kalkulation des Gebührentarifes sowie mit den Verhandlungen mit den Krankenkassen beauftragt. Sie hat mit den Krankenkassen im Jahr 2012 ein zweistufiges Verfahren vereinbart:

1. Stufe: Anpassung des Gebührentarifes auf Basis der Planungen für 2012 zum 01.05.2012 als „vorläufige“ Gebühr zur Vermeidung einer Defizit-anhäufung,
2. Stufe: endgültige Anpassung des Gebührentarifes zum 01.04.2013 unter Berücksichtigung des Jahresabschlusses 2012 sowie der ersten Erfahrungswerte der Rettungsdienst im Kreis Heinsberg (RD HS) gGmbH.

Zur Ermittlung des Gebührentarifes ab April 2013 wurden die Gesamtkosten des Rettungsdienstes für die Jahre 2013/2014 ermittelt und mit einer Prognose zur Entwicklung der Einsatzzahlen abgeglichen.

Dabei wurden die Haushaltsplanungen der RD HS und des Kreises Heinsberg zugrunde gelegt. Für 2013 hat der Aufsichtsrat der RD HS dem Wirtschaftsplan der RD HS in seiner Sitzung am 16.10.2012 zugestimmt; der Haushalt des Kreises Heinsberg wurde in der Kreistagsitzung vom 20.12.2012 verabschiedet.

Folgende Kostenstruktur des Rettungsdienstes einschließlich des auf den Rettungsdienst entfallenen Anteils der Leitstelle für Feuerschutz und Rettungsdienst liegt der Kalkulation zugrunde:

	Planung 2012	Planung 2013/2014
Personalaufwand	6.949.277.- €	6.980.492.- €
Sach- und Dienstleistungen	2.478.155.- €	2.787.355.- €
Abschreibungen etc.	763.941.- €	962.456.- €
Sonst. ordentl. Aufwand	443.104.- €	488.651.- €
Int. Aufwand	569.775.- €	763.348.- €
GESAMT	11.204.252.- €	11.982.302.- €

Unter Berücksichtigung der Einsatzprognose sind für den kostendeckenden Betrieb des Rettungsdienstes einschließlich der Leitstellenanteile folgende Gebührensätze geplant:

Gebührenposition	bis 31.03.2013	ab 01.04.2013
Inanspruchnahme des Rettungsdienstes bei Notfalleinsätzen (Rettungswagen)	387,00 €	378,00 €
Inanspruchnahme des Rettungsdienstes bei Krankentransporten (Krankentransportwagen)	174,00 €	198,00 €
Inanspruchnahme eines Notarzteeinsatzfahrzeuges	243,00 €	255,00 €
Inanspruchnahme eines Notarztes	270,00 €	277,00 €

Neben dieser Anpassung des Gebührentarifes sollen folgende Änderungen der Gebührensatzung vorgenommen werden:

- 1) In den §§ 1 und 2 werden Textpassagen zur Klarstellung bzw. Erläuterung ergänzt.
- 2) Für die Versorgung vor Ort ohne Transport wird die Hälfte der Gebühr für einen Rettungs- oder Krankentransportwagen erhoben. Diese Kosten werden nicht von den Krankenkassen übernommen und sind i.d.R. vom Verursacher zu tragen.
- 3) Die Wartezeitgebühr zwischen zwei Transporten entfällt. Hin- und Rückfahrt werden zukünftig als zwei Transporte berechnet.

Landrat Pusch teilt mit, in dem am 25.02.2013 mit den Krankenkassen durchgeführten Abstimmungsgespräch seien einvernehmlich noch klarstellende redaktionelle Änderungen am Satzungsentwurf vorgenommen worden. Ein korrigierter Entwurf liege als Tischvorlage vor.

Beschlussvorschlag:

Der als Tischvorlage vorliegende Entwurf der Gebührensatzung des Kreises Heinsberg für den Rettungsdienst wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Entsendung der Delegierten der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur in die Verbandsversammlung

Beratungsfolge: 05.03.2013 Kreisausschuss 14.03.2013 Kreistag
--

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Die fünfjährige Amtszeit der Delegierten der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur (WVER) in der Verbandsversammlung endet am 16.06.2013. Mit Schreiben vom 02.01.2013 hat der WVER die entsprechenden Beitragseinheiten und Beitragsteileinheiten für die Mitgliedergruppe 2 - Kreise - mitgeteilt. Demnach können die Mitglieder der Gruppe 2 insgesamt 2 Delegierte in die Verbandsversammlung entsenden.

Zur Gruppe 2 gehören die Städteregion Aachen sowie die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Lediglich der Kreis Düren verfügt über eine volle Beitragseinheit. Da ein Mitglied für jede volle Beitragseinheit einen Delegierten in die Verbandsversammlung des WVER entsenden kann, steht dem Kreis Düren ein Sitz zu. Entsprechend ihrer Beitragsteileinheiten können die Städteregion sowie die drei o. g. Kreise einen weiteren Delegierten benennen.

Die Beitragsteileinheiten stellen sich derzeit wie folgt dar:

Städteregion Aachen	0,4749
Kreis Düren	0,2907
Kreis Euskirchen	0,2626
Kreis Heinsberg	0,4245

Zur Vermeidung eines schriftlichen Wahlverfahrens wurde zwischen den beteiligten Kreisen und der Städteregion ein Rotationsverfahren vereinbart. Der den Kreisen im Rahmen der Beitragsteileinheiten zustehende Sitz wird in der derzeitigen Wahlperiode dem Kreis Heinsberg überlassen. Mitglied in der Verbandsversammlung ist Herr Norbert Reyans. Für die folgende Wahlperiode steht der Sitz im Rahmen des Rotationsverfahrens dem Kreis Euskirchen zu. Dementsprechend ist vorgesehen, dass die Kreise Heinsberg und Düren sowie die Städteregion Aachen auf einen eigenen Wahlvorschlag verzichten und den Vorschlag des Kreises Euskirchen unterstützen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Heinsberg verzichtet darauf, einen eigenen Wahlvorschlag für die Entsendung eines Mitglieds in die Verbandsversammlung des WVER zu unterbreiten und unterstützt den Wahlvorschlag des Kreises Euskirchen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3:

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der Förderschulen im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
05.11.2012	Schulausschuss
08.11.2012	Kreisausschuss
15.11.2012	Kreistag
05.03.2013	Kreisausschuss
14.03.2013	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	ja
----------------------------------	----

Leitbildrelevanz:	3.9
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Der Kreistag hat am 15.11.2012 teilweise einstimmig bzw. mehrheitlich folgenden Beschluss zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der Förderschulen im Kreis Heinsberg gefasst:

- „1. Der Kreis Heinsberg befürwortet die Zielsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und strebt deshalb eine verstärkte Inklusion für Kinder mit besonderem Förderbedarf an.
2. Der Kreis Heinsberg erwartet, dass das Land zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im schulischen Bereich die erforderlichen rechtlichen, pädagogischen und personellen Voraussetzungen schafft. Unabdingbare Voraussetzungen für diesen Prozess sind zum einen der vollständige Ausgleich der entstehenden finanziellen Belastungen der Schulträger nach dem Konnexitätsprinzip durch das Land und andererseits die Schaffung der personellen Doppelbesetzung in inklusiven Klassen, die auch vom Landesverband Bildung und Erziehung als „zentrale Gelingensbedingung“ bezeichnet wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Verabschiedung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes bei der Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, ein Gutachten in Auftrag zu geben, in dem mögliche Inklusionsszenarien in ihren Chancen und Problemen und bei verschiedenen Umsetzungsgeschwindigkeiten aufgezeigt werden. Darin sollen insbesondere auch Aspekte der finanziellen Auswirkungen auf Kreis und Kommunen unter besonderer Berücksichtigung der Veränderungen beim Schülertransport und seinen Auswirkungen auf den ÖPNV sowie auf die Belastungssituation der Lehrer und damit auf die zukünftig zu erwartende Qualität von Unterricht untersucht werden. Die Ergebnisse dienen dann der weiteren politischen Beratung als Grundlage.

4. Für diese Beratungen wird es als zielführend erachtet, dass der Kreis bei den erforderlichen Abstimmungen zwischen den Schulträgern eine Moderatorenrolle übernimmt.“

Mit Schreiben vom 23.01.2013 hat die Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister im Kreis Heinsberg mitgeteilt, dass sie sich in einer Sitzung am 15.01.2013 umfassend mit der Thematik der Förderschulen im Kreis Heinsberg befasst und sich einstimmig dafür ausgesprochen habe, den Kreis Heinsberg um Prüfung der Übernahme der Trägerschaft für alle Förderschulen im Kreis Heinsberg zu bitten. Neben den vom Kreis unterhaltenen Förderschulen (Gebrüder-Grimm-Schule, Janusz-Korczak-Schule und Rurtal-Schule) bestehen derzeit im Kreisgebiet fünf weitere Förderschulen in Trägerschaft einer Gemeinde bzw. eines Zweckverbandes (Comeniusschule Übach-Palenberg, Don-Bosco-Schule Heinsberg, Mercator-Schule Gangelt, Pestalozzischule Erkelenz, Peter-Jordan-Schule Hückelhoven). Zwischen den Bürgermeistern habe Einvernehmen bestanden, dass aufgrund veränderter Schülerzahlen die Struktur der Förderschullandschaft neu zu überdenken und letztendlich nur eine kreisweit abgestimmte Regelung sinnvoll sei. Die Vorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen sind in einem gemeinsamen Gespräch am 05.02.2013 über diesen Wunsch der Städte und Gemeinden informiert worden. Dabei wurden erste Stellungnahmen der Verwaltung zu den in diesem Zusammenhang zu klärenden schulverwaltungsfachlichen, schulfachlichen sowie finanzwirtschaftlichen und kommunalaufsichtsrechtlichen Aspekten vorgelegt. Es bestand Einvernehmen, die sich daraus ergebenden Fragen ergebnisoffen abzuarbeiten. Das Thema wurde gleichfalls in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz am 14.02.2013 beraten. In dieser Sitzung haben die Bürgermeister ihr Anliegen auf Trägerübernahme seitens des Kreises bekräftigt.

Im Rahmen einer turnusmäßig stattfindenden Sitzung des „Runden Tisches“ zur kreisweiten Schulentwicklungsplanung am 21.02.2013 ist der aktuelle Sachstand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich wie auch die von den Bürgermeistern angeregte Trägerübernahme für alle Förderschulen zur Sprache gekommen. In der im Beisein der Schulaufsichtsbeamten geführten Diskussion bestand - losgelöst von zum Teil unterschiedlichen grundsätzlichen Auffassungen zur Umsetzung des Inklusionsgedankens – Einvernehmen darüber, dass der Veränderungsprozess aufgrund der demografischen Entwicklung und des konkreten Elternwahlverhaltens bereits begonnen habe und nicht umkehrbar sei. Vor diesem Hintergrund sprachen sich die Sitzungsteilnehmer einstimmig dafür aus, mit der Erstellung des beabsichtigten Gutachtens nicht bis zur Verabschiedung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes zu warten und zur Vermeidung von möglicherweise negativen Entwicklungen bei der Neuordnung der schulischen Strukturen im Kreis Heinsberg schon jetzt die Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, mit der Erstellung eines kommunalen Inklusionsplanes zu beauftragen. Seitens des Landrates wurde zugesagt, den Kreistag entsprechend zu informieren und um eine Modifizierung seines Beschlusses (Zeitpunkt der Beauftragung des Gutachters) zu bitten.

Die unmittelbare Vorlage dieses Tagesordnungspunktes an den Kreisausschuss erfolgt in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Schulausschusses, Herrn Derichs, der an der Sitzung des „Runden Tisches“ am 21.02.2013 teilgenommen hat.

CDU-Fraktionsvorsitzender Reyans schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Worte „kommunalen Inklusionsplanes“ durch das Wort „Gutachten“ ersetzt werden. Dem folgen die übrigen Kreisausschussmitglieder einvernehmlich.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistagsbeschluss vom 15.11.2012 über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der Förderschulen im Kreis Heinsberg wird zu Ziffer 3. dahingehend geändert, dass die Beauftragung der Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, zur Erstellung eines Gutachtens losgelöst von der Verabschiedung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes zeitnah erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 4:

Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement

Beratungsfolge:	
17.11.2011	Kreisausschuss
23.11.2011	Kreistag
28.06.2012	Kreisausschuss
05.07.2012	Kreistag
08.11.2012	Kreisausschuss
15.11.2012	Kreistag
27.11.2012	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
29.01.2013	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
05.03.2013	Kreisausschuss
14.03.2013	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	3.11
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Die politischen Gremien des Kreises Heinsberg haben sich bereits mehrfach mit dem Thema „Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement“ befasst. In seiner Sitzung am 27.11.2012 hat der Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus die Verwaltung beauftragt, weitergehende Informationen zur Ehrenamtskarte NRW vorzulegen sowie ggf. mögliche Vergünstigungen des Kreises aufzuzeigen.

Mit dem Ziel, bürgerschaftliches Engagement anzuerkennen und zu würdigen, hat die nordrhein-westfälische Landesregierung im Jahr 2008 eine landesweit gültige Ehrenamtskarte eingeführt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Rahmen für dieses Projekt geschaffen und unterstützt die Gemeinden, Städte und Kreise bei der Einführung der Karte. Als Anschubfinanzierung gewährt das Land den Kreisen einmalig eine Zuwendung in Höhe von max. 6.000,00 €. Die Ehrenamtskarte wurde bisher laut Mitteilung des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS NRW) in 169 Kommunen (Stand Dezember 2012) eingeführt. Regelungen auf Kreisebene bestehen in den Kreisen Siegen-Wittgenstein, Märkischer Kreis, Olpe, Lippe und Höxter.

Die Ehrenamtskarte ist Ausdruck der Wertschätzung für den großen ehrenamtlichen Einsatz der Bürger/innen und verbindet diese Würdigung mit einem praktischen Nutzen. Voraussetzung für die Vergabe der Ehrenamtskarte ist ein ehrenamtliches oder bürgerschaftliches Engagement von durchschnittlich wenigstens fünf Stunden pro Woche bzw. 250 Stunden im Jahr, z. B. in einem Verein, in einer sozialen Einrichtung oder freien Vereinigung. Die Lan-

desregierung empfiehlt, vor Ort in einer Projekt- oder Steuerungsgruppe mit den relevanten Akteuren festzulegen, welche Tätigkeit als ehrenamtliches Engagement zu würdigen ist.

Inhaber/innen der Ehrenamtskarte NRW können in allen teilnehmenden Kommunen Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Dazu gehören beispielsweise reduzierte Eintrittspreise für Museen, Schwimmbäder und andere öffentliche Freizeiteinrichtungen sowie Vergünstigungen bei Volkshochschulen, in Kinos, Theatern usw. Ca. 35 % der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens sind nach Aussage des Landes ehrenamtlich tätig. Ehrenamtliches Engagement findet z. B. in den Bereichen Behindertenarbeit, Feuerwehr, Jugend, Kindergarten, kirchliche Tätigkeiten, Kultur, Migrantenerstützung, Seniorenarbeit, soziale Arbeit, Sport, Tierschutz und Umweltschutz statt. Die Ehrenamtskarte kann bei zuständigen Stellen der Stadt bzw. des Kreises beantragt werden.

Ehrenamtlich Tätige, deren Wohnsitzkommune nicht den Ehrenamtspass eingeführt hat, haben nicht die Möglichkeit, andernorts eine Ehrenamtskarte zu beantragen. Bislang haben im Kreis Heinsberg die Städte Erkelenz, Wassenberg und Übach-Palenberg die Ehrenamtskarte NRW eingeführt und stellen diese aus. Auch der Kreis Heinsberg könnte als Ausgabestelle fungieren. In einem solchen Fall ist es allerdings - nach schriftlicher Auskunft des MFKJKS NRW - erforderlich, dass alle zum Kreis gehörenden Kommunen sich dem Projekt „Ehrenamtskarte NRW“ anschließen. Wünschenswert wäre zudem, in allen Städten und Gemeinden im Kreis Heinsberg zumindest sukzessive eigene Vergünstigungen zu gewähren; auch nicht monetäre Anerkennungen seien denkbar. Vor diesem Hintergrund wurden mit Schreiben vom 04.12.2012 die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Heinsberg um Mitteilung gebeten, ob sie eine kreisweite Umsetzung der Ehrenamtskarte NRW mittragen und ggf. welche Vergünstigungen sie einbringen würden.

Während die Kommunen Erkelenz, Geilenkirchen, Heinsberg, Selfkant, Übach-Palenberg und Wassenberg ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt haben, stehen die Gemeinden Gangelt und Waldfeucht sowie die Städte Hückelhoven und Wegberg einer kreisweiten Lösung ablehnend gegenüber. Da vier kreisangehörige Kommunen eine kreisweite Lösung nicht mittragen, eine Zustimmung aller aber für die kreisseitige Einführung der Ehrenamtskarte NRW unabdingbare Voraussetzung ist, kann der Kreis Heinsberg nicht als Ausgabestelle fungieren.

Unabhängig davon ist es dem Kreis Heinsberg unbenommen, eigene Regelungen zur Ehrenamtskarte einzuführen oder auch Inhabern/Inhaberinnen einer Ehrenamtskarte NRW zur Würdigung ihres ehrenamtlichen Engagements Vergünstigungen zu gewähren.

Letztere könnten landesweit die Inhaber/innen von Ehrenamtskarten aller an der Ehrenamtskarte NRW beteiligten Kommunen in Anspruch nehmen. Da im Kreis Heinsberg nur die Städte Erkelenz, Wassenberg und Übach-Palenberg die Ehrenamtskarte NRW eingeführt haben, würden insoweit die Einwohner der übrigen sieben kreisangehörigen Kommunen leer ausgehen. Vor diesem Hintergrund ist die Verwaltung der Auffassung, von Vergünstigungen im Rahmen der Ehrenamtskarte NRW auf Kreisebene Abstand zu nehmen. Da die kreisangehörigen Kommunen wiederholt erklärt haben, dass die Förderung des Ehrenamtes der gemeindlichen Ebene vorbehalten bleiben sollte, erscheinen aus Verwaltungssicht auch andere Regelungen der Ehrenamtsförderung auf Kreisebene nicht angebracht.

Entsprechend dem Beschluss des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus vom 27.11.2012 werden hinsichtlich möglicher Vergünstigungen im Rahmen der Ehrenamtskarte NRW durch den Kreis Heinsberg nachfolgende Hinweise gegeben:

1. Anton-Heinen-Volkshochschule

- a) Ziffer 3.1 der Entgeltordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule des Kreises Heinsberg sieht Folgendes vor: „Empfänger/innen von Arbeitslosengeld nach dem Sozialgesetzbuch III, von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II oder von Sozialhilfe nach dem Gesetzbuch XII erhalten bei Vorlage entsprechender Nachweise in der Regel eine Entgeltermäßigung für Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Seminare in Höhe von 75 %.“

Würde man die Inhaber der Ehrenamtskarte NRW mit diesen für Empfänger/innen von Sozialleistungen vorgesehenen Regelungen gleichsetzen (Ermäßigung 75 %), wären beispielsweise für einen Regelkurs, der 30 Unterrichtsstunden umfasst, nicht 51,00 € sondern 12,75 € zu zahlen. Dies gilt für alle Veranstaltungen der Anton-Heinen-Volkshochschule der Fachbereiche 3 bis 10. Andere prozentuale Nachlässe (z. B. 10 %, wie in der Stellungnahme der Stadt Erkelenz angeregt) würden entsprechende finanzielle Ausfälle bewirken.

- b) Ziffer 3.2 der Entgeltordnung für die Anton-Heinen-Volkshochschule regelt Ermäßigungen der Entgelte für Konzerte, Kabarett, Vorträge, Lesungen und ähnliche Veranstaltungen. Denkbar wäre, hier die Inhaber/innen einer Ehrenamtskarte in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufzunehmen. Dies würde bedeuten, dass beispielsweise bei Vorträgen eine Ermäßigung von 3,00 € auf 2,00 € bei Meisterkonzerten von 13,00 € auf 8,00 € bzw. bei anderen Konzerten bzw. Kabarettveranstaltungen eine Ermäßigung von z. T. bis zu 3,00 € gewährt würde.

2. Kreismusikschule

Gemäß Ziffer 7 der Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg haben „einen Anspruch auf Entgeltbefreiung für ihre minderjährigen Kinder Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II oder von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch XII“. Ziffer 8 regelt, dass „Schüler/Schülerinnen und Studenten/Studentinnen über 18 Jahre bei der Entgeltberechnung als Jugendliche behandelt werden“. Das Entgelt für Jugendliche ist im Vergleich zum Erwachsenentarif im Durchschnitt um ca. 36 % vermindert. Für einen Einzelunterricht zu 45 Minuten sind anstelle von 105,50 € 67,00 € pro Monat zu zahlen.

In der Kreismusikschule werden in erster Linie Kinder und Jugendliche unterrichtet, nicht jedoch der in Rede stehende Personenkreis. Eine Ausweitung der Regelungen auf Ehrenamtskarteninhaber/inhaberinnen würde zudem unverhältnismäßig hohe finanzielle Ausfälle im o. a. genannten Umfang nach sich ziehen.

Die Kreisausschussmitglieder Derichs, Lenzen und Meurer, Dieter bringen ihr Bedauern über die Entscheidung des Ministeriums zum Ausdruck. Für die CDU-Fraktion führt Kreisausschussmitglied Dahlmans aus, es sei allen Beteiligten bewusst, wie wichtig das Ehrenamt

sei. Auch ohne Ehrenamtskarte würden alle Kommunen ehrenamtliches Engagement in verschiedenster Weise anerkennen.

Beschlussvorschlag:

Von der Einführung der Ehrenamtskarte NRW auf Kreisebene sowie von kreisseitigen Vergünstigungen für Inhaber/innen der Ehrenamtskarte NRW sowie von weiteren kreisseitigen Regelungen wird Abstand genommen. Die Würdigung des Ehrenamtes sollte den individuellen Entscheidungen der kreisangehörigen Kommunen überlassen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 5:

Kulturelles Angebot im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
22.05.2012	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
28.06.2012	Kreisausschuss
27.11.2012	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
29.01.2013	Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus
05.03.2013	Kreisausschuss

Finanzielle Auswirkungen:	Personalkosten
----------------------------------	----------------

Leitbildrelevanz:	3.9
--------------------------	-----

Inklusionsrelevanz:	ja
----------------------------	----

Auf Vorschlag des Ausschusses für Kultur, Partnerschaft und Tourismus hat der Kreisausschuss am 28.06.2012 auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion beschlossen, dass „der Kreis Heinsberg - auch im Sinne einer interkommunalen Zusammenarbeit - in Kooperation mit den kreisangehörigen Kommunen und den kulturellen Institutionen eine Übersicht erstellt, in der das kulturelle Angebot des Kreises Heinsberg dargestellt wird“. In der Sitzung des Fachausschusses am 27.11.2012 hat die Verwaltung darüber berichtet, dass die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gebeten wurden, Informationen über alle bekannten kulturellen Angebote - auch von privaten Anbietern - in ihrer Gemeinde/Stadt zu benennen. Ebenfalls angeschrieben wurden der Heinsberger Tourist-Service e.V. (HTS), der Trägerverein Museum Heinsberg e.V. sowie die Kreiseinrichtungen Anton-Heinen-Volkshochschule und Kreismusikschule. Zu dieser Abfrage sind unterschiedliche Reaktionen eingegangen. Teilweise wurden die erbetenen Übersichten des jeweiligen kulturellen Angebotes vorgelegt, andererseits wird auf die Internetseite der jeweiligen Kommune bzw. Institution verwiesen. Problematisch, so wird von einigen Kommunen ausgeführt, sei es, verlässliche Daten der jeweiligen Vereine und privaten Anbieter kultureller Veranstaltungen zu erhalten. Dem Kreis wird anheimgestellt, diese zu kontaktieren. Vollständig vorliegend sind die Übersichten der kulturellen Veranstaltungen der Anton-Heinen-Volkshochschule und der Musikschule des Kreises Heinsberg.

Aus Sicht der Verwaltung erscheint es wegen des damit verbundenen Aufwandes, der nicht unerhebliche Personalkapazitäten binden würde, nicht geboten, über die Meldungen der Städte und Gemeinden hinaus mit allen privaten Anbietern, Vereinen und Vereinigungen von kulturellen Aktivitäten auf gemeindlicher bzw. städtischer Ebene Kontakt mit dem Ziel aufzunehmen, deren Veranstaltungen zu ermitteln und zu veröffentlichen. Dies sollte den entsprechenden Städten bzw. Gemeinden vorbehalten bleiben. Auch ist zu beachten, dass dem Kreis viele Kulturanbieter in den Kommunen nicht bekannt sind.

In diesem Zusammenhang wird auf die Internetseite www.hts-info.de verwiesen. Diese hält u. a. einen Veranstaltungskalender vor, der spartenübergreifend kulturelle Angebote im Kreis Heinsberg beinhaltet. Nach Auskunft des HTS wurden im Jahr 2001 zur Erstellung der Broschüre „HeinsGuide“, die seit 2008 nicht mehr erstellt wird, kulturelle Angebote im Kreis Heinsberg erfasst. Die seinerzeitige Recherche bilde die Grundlage für die o. a. internetgestützte Übersicht. Der HTS richte im Sommer eines jeden Jahres zur Erstellung der Broschüre „Freizeit-Region Heinsberg“ für das Folgejahr eine Abfrage an die Städte und Gemeinden. Diese Daten würden in der Broschüre veröffentlicht und ebenfalls in den elektronischen Veranstaltungskalender eingepflegt. Der HTS weist ausdrücklich darauf hin, dass die Zusammenstellung der kulturellen Angebote keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben könne, da nicht alle kulturellen Aktivitäten, insbesondere die der privaten Anbieter, gemeldet würden bzw. bekannt seien. Mit Stand Mitte Januar 2013 umfasst die Internetübersicht 346 Termine für den Zeitraum 01.01. – 31.12.2013.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf eine Ausweitung der Veröffentlichungen des Heinsberger Tourist-Service e.V. (HTS) hinzuwirken. Die Geschäftsführung des HTS sollte gebeten werden, die bereits vorhandene Zusammenstellung kultureller Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden so weit wie möglich zu erweitern und um bislang nicht erfasste Veranstaltungen privater Anbieter zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 6:

Bericht der Verwaltung

Landrat Pusch teilt Folgendes mit:

a) Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Mit Verfügung vom 01.03.2013 hat die Bezirksregierung Köln die Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2013 ohne Einschränkungen genehmigt. Sie weist besonders darauf hin, dass den Kommunen gem. § 56 Abs. 2 Kreisordnung (neue Fassung) Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde. Dabei seien über die bereits im Rahmen des Benennungsherstellungsverfahrens vorliegenden Stellungnahmen und Einwendungen, über die der Kreistag bereits im Dezember 2012 vor der Verabschiedung des Haushalts 2013 beraten und beschlossen hatte, hinaus keine neuen Gesichtspunkte vorgetragen worden.

b) Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Kreis Heinsberg und Neues Übergangssystem Schule - Beruf (NÜS)

Der Kreistag hat sich in seiner Sitzung am 27.09.2012 grundsätzlich für die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums ausgesprochen. Inzwischen hat man uns mitgeteilt, dass die von der Verwaltung entwickelte Vorstellung, nach Erstellung einer Konzeption sukzessive bedarfsorientiert die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, nicht förderfähig ist. Laut Aussage des MAIS muss sich die Bewilligung des Kommunalen Integrationszentrums immer auf die Ausstattung von 5,5 Stellen beziehen. Zudem ist deutlich geworden, dass die Mittelbereitstellung befristet ist und von einer dauerhaften Förderung nicht ausgegangen werden kann.

Über den aktuellen Sachstand sind die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen in einer gemeinsamen Besprechung am 05.02.2013 unterrichtet worden. Danach bestand Einvernehmen, den Antrag des Kreises auf Mittelbereitstellung durch das Land aufrecht zu erhalten und die zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes notwendigen personellen Kapazitäten bereitzustellen. Die Erarbeitung des Konzeptes soll nach einheitlicher Meinung der Fraktionen auch bei Ausbleiben der Landesförderung fortgesetzt werden. Ich habe zwischenzeitlich die mit einem Stellenumfang von 0,7 tätige Frau Kreisamtsrätin Deußen mit dieser Aufgabe betraut.

Da zwischen den Aufgabenschwerpunkten des Kommunalen Integrationszentrums und den Aufgaben des Regionalen Bildungsbüros eine enge Verflechtung gegeben ist, soll Frau Deußen auch die Leitung des Regionalen Bildungsbüros übernehmen. Um den personellen Anforderungen des Bildungsbüros im Rahmen des mit dem Land geschlossenen Vertrages gerecht zu werden, ist daneben die Bereitstellung einer 0,5 Verwaltungsstelle erforderlich.

Wie Ihnen bekannt, hat am Donnerstag vergangener Woche eine gemeinsame Sitzung der Mitglieder des Kreistages, Vertreter der Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit, der IHK, der Handwerkskammer und des Schulamtes für den Kreis Heinsberg zum Thema „För-

derung der Berufsausbildungsinfrastruktur im Kreis Heinsberg“ stattgefunden. Zwischen allen Gesprächsteilnehmern bestand Einvernehmen, dass der Kreis sich an dem vom Land aktuell aufgelegten Förderprogramm NÜS beteiligen soll. Ich habe bei dieser Gelegenheit Bereitschaft erklärt, eine Vollzeitstelle für die kommunale Koordinierungsstelle einzurichten. Nach Klärung der Förderdetails ist beabsichtigt, dieses Thema auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien zu setzen.

c) Feuer- und Katastrophenschutz im Kreis Heinsberg

In der Sitzung des Kreisausschusses am 13.12.2012 wurde einstimmig der Auftrag zur Lieferung von zwei Einsatzfahrzeugen für den Feuer- und Katastrophenschutz erteilt. Am Rande der Sitzung wurde die Frage zur zukünftigen Verwendung der Altfahrzeuge vorgetragen. Hierzu kann mitgeteilt werden, dass das zu ersetzende Fahrzeug für Informations- und Kommunikationstechnik, das bislang im Eigentum des Kreises stand, nach Lieferung des Neufahrzeuges ausgeschlachtet und entsorgt wird. Eine zukünftige Nutzung durch eine gemeinnützige Organisation etc. kommt aufgrund des Alters und des technischen Zustandes des Fahrzeuges nicht zum Tragen. Soweit Ausstattungsgegenstände noch nutzbar sind, werden sie in das neue Fahrzeug verbracht.

Die bisherigen für die Messaufgabe verwendeten ca. 25 Jahre alten Fahrzeuge wurden seinerzeit nach dem ehemaligen Landeskonzept bezuschusst und den Städten Hückelhoven und Heinsberg übereignet und zur weiteren Verwendung überlassen. Die Verwertung dieser Fahrzeuge steht daher nicht im Zuständigkeitsbereich des Kreises.

Das derzeit geltende Landeskonzept sieht nunmehr eine Bündelung im Bereich der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr auf Kreisebene vor, so dass die in der o. g. Kreisausschusssitzung beschlossenen Fahrzeugbeschaffungen durch den Kreis erfolgen.

d) Mobile Geschwindigkeitskontrolle

Die Polizei veröffentlicht seit Beginn des vergangenen Jahres in unregelmäßigen Abständen allgemeine Informationen über anstehende Geschwindigkeitsmessungen. Ausgangspunkt dieses Vorgehens ist eine Grundsatzrichtlinie des Ministeriums für Inneres und Kommunales, mit der die Kreispolizeibehörden zur Veröffentlichung verpflichtet werden. Eine darüber hinausgehende, die Ordnungsämter der Kreise betreffende Verpflichtung, enthält die Grundsatzrichtlinie nicht. Auf entsprechende Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.06.2012 wurde in der Kreistagssitzung am 05.07.2012 berichtet, dass der Kreis Heinsberg bislang von der Ankündigung der Kontrollen abgesehen hat, da nicht bekannt ist, ob dadurch eine Reduzierung der Unfallzahlen bzw. eine positive Einflussnahme auf das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer bewirkt werden kann. In diesem Zusammenhang sollte zunächst ein Erfahrungsbericht der Polizei eingeholt und anschließend in Überlegungen eingetreten werden, ob eine Vorabinformation über eigene Messungen des Ordnungsamtes sinnvoll ist.

Hierzu kann mitgeteilt werden, dass abschließende Erfahrungen der KPB Heinsberg aufgrund des kurzen Betrachtungszeitraumes noch nicht vorliegen. Allerdings ergibt sich aus einer polizeilichen Seminararbeit mit dem Thema "Die Veröffentlichung von Geschwindigkeitsmess-

stellen", dass die Veröffentlichung der Geschwindigkeitsmessstellen als ein Mittel im Verbund mit anderen Maßnahmen der Verkehrssicherheitsarbeit, wie beispielsweise weiteren Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, betrachtet wird, um bei den Verkehrsteilnehmern eine Bereitschaft zu positivem Verhalten im Straßenverkehr zu wecken. Hieraus konnten positive Effekte auf die Senkung des Geschwindigkeitsniveaus bzw. die Anzahl der Geschwindigkeitsverstöße festgestellt werden.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass nicht festgestellt werden konnte, ob ausschließlich die Veröffentlichung der Geschwindigkeitsmessstellen zum positiven Einfluss auf die Regelbefolgung führte, sondern dass die übrigen Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei mit in die Betrachtung einbezogen werden müssen.

Da seitens des Kreisordnungsamtes lediglich die Geschwindigkeitsüberwachung ohne begleitende Maßnahmen wie eine Beratung erfolgt, ist fraglich, ob eine Veröffentlichung der mobilen Messungen des Kreisordnungsamtes denselben Einfluss hätte. Die Verkehrsteilnehmer im Kreis Heinsberg müssen bei über 300 verschiedenen Messstellen bereits jetzt jederzeit an Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen und sonstigen allgemein bekannten Gefahrenstellen mit einer Kontrolle rechnen, so dass eine Veröffentlichung der Messstellen des Kreisordnungsamtes von Seiten der Verwaltung nicht für erforderlich gehalten wird.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen

Hierzu liegt nichts vor.